

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.
S C H W E R I N

.....
Oktober 2013
.....

CDU fällt um Übernachtungssteuer kommt dennoch

Von viel Emotion und jeder Menge falscher Behauptungen wurde die erneute Abstimmung zur Übernachtungssteuer in der Stadtvertretung begleitet. Sie war notwendig geworden, weil das Innenministerium den Erstentwurf auf der Basis der thüringer Praxis für nicht vereinbar mit den Regelungen hierzulande hielt.

Wochenlang waren die Branchenverbände und Kammern gegen die geplante Satzung Sturm gelaufen. Dies ist nicht verwunderlich und in gewisser Hinsicht auch normal, sind doch DeHoGa oder IHK auch für die Interessenvertretung ihrer Mitglieder verantwortlich. Wenn dann allerdings die Redner der CDU-Fraktion Begrifflichkeiten, wie „bürokratisches Monster“, „moderne Wegelagerer“ oder „dreister Griff in die Kassen“ ohnehin gebeuteltes Unternehmen“ bemühen, muss man sich doppelt verwundert die Augen reiben. Erstens ist auch die neue, 5-%ige Abgabe ein Durchlaufposten, den die Besucher Schwerins bezahlen, sofern ihre Übernachtung nicht dienstlich

veranlasst ist. Folgerichtig ergibt sich zwar ein gewisser administrativer Aufwand, der jedoch zu bewältigen sein sollte. Und zweitens haben die KollegInnen der CDU offenbar vergessen, dass sie die Übernachtungssteuer als Teil ihres 10-Millionen-Deals mit SPD, Grünen, FDP und Unabhängigen Bürgern zuvor ausdrücklich bewilligt hatten. Nun ja, ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl sind allerorten Absetzbewegungen erkennbar.

Die Linksfraktion hat der Übernachtungssteuer zugestimmt. Und zwar ganz unaufgeregt und ohne Beschimpfungen. Wir sehen hier keine Strafsteuer für Mövenpick Profiteure, wie die SPD sondern die Notwendigkeit auch etwas für die Einnahmeseite des Stadthaushaltes zu tun, wohl bemerkt ohne den SchwerinerInnen in die Taschen zu greifen. Die Abgabe ist nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zulässig, sie ist Normalität in Dresden, Erfurt, Köln, Weimar, Suhl, Gera und Eisenach. Laut DIHT planten allein 2012 siebzig weitere Städte eine solche Abgabe einzuführen.

Privatisierung gescheitert Schleswig-Holstein-Haus bleibt städtisch

Eine weitere schallende Ohrfeige für die große informelle Koalition aus CDU, FDP, SPD, Grünen und unabhängigen Bürgern stellt die gescheiterte Privatisierung des Schleswig-Holstein-Hauses dar, wie Walter Lederer feststellte. Nachdem diese schon für den Speicher gescheitert war, ist gleiches nun auch für das traditionsreiche Haus in der Puschkinstraße zu verzeichnen.

Lediglich 6 Interessenten und 2 konkrete Bewerbungen sprangen heraus. Während die Konzepte durchaus akzeptabel waren, stellte sich schnell heraus, dass die Auflagen aus dem 10 Millionen-Sparpaket eine zu große Hürde darstellten. Mit nur 100.000 € Zuschuss ist ein solches Haus nicht wirtschaftlich zu betreiben.

Daher wird das Haus nun in städtischer Obhut weitergeführt. Allerdings beauftragte die Stadtvertretung die Oberbürgermeisterin damit, ein externes Gutachten in Auftrag zu geben, um die Weiterentwicklung als Kulturforum auf den Weg zu bringen.

Strategiepapier zur Kinder- und Jugendarbeit

Seit längerem ein Ärgernis stellt die Auseinandersetzung um das Strategiepapier zur Jugendarbeit dar. In diesem Papier finden sich Festlegungen zur inhaltlichen Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit in Schwerin für die kommenden Jahre. Dabei sitzen Träger und Politik an einem Tisch und versuchen aus den schwierigen, finanziellen Rahmenbedingungen das Beste zu machen.

Dabei ist eine zeitnahe Verabschiedung wichtig, um den Trägern Planungssicherheit zu geben und zu verhindern, dass gut qualifizierte Sozialarbeiter entlassen werden müssen. Peter Brill adressierte seine Kritik auch sehr deutlich. Sozialdezernent Dieter Niesen stehe in der Pflicht die Hängepartie zu beenden, Absprachen einzuhalten und endlich eine Beschlussvorlage zu präsentieren, die eine Chance hat im Jugendhilfeausschuss und der Stadtvertretung eine Mehrheit zu bekommen. Zwischenzeitlich hat die Stadtverwaltung einen Kompromissvorschlag ins Verfahren eingespeist. Er sieht vor die finanziellen Mittel im kommenden Jahr auf dem selben Niveau zu halten, wie bislang und die Kürzungen von 175.000 und 300.000 EUR erst in den Jahren 2015 und 2016 zu realisieren.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen? Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de
Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

LINKE will Konzept für Brachfläche in Krebsförden

Seit Jahren haben die Bewohner der letzten großen Plattenbausiedlung aus DDR Zeiten das Gefühl ein wenig vergessen zu sein. Nachdem vor einigen Jahren zeitweise in Bürgerforen sehr intensiv über die Perspektiven für Krebsförden West diskutiert wurde, ist es nun wieder ruhig geworden. Zwar wird die Umgebung durch eine Neugestaltung des Grünzuges an der Umgehungsstraße aufgewertet, im Wohngebiet ist jedoch schon länger nichts mehr passiert.

Ein Grund für Andre Walther, Mitglied der Stadtteilorganisation DIE LINKE. Krebsförden und Stadtvertreter, aktiv zu werden. Mit einem Nutzungskonzept soll wieder Bewegung in die Sache kommen, damit die Brachfläche zwischen Friedrich Schlie, Benno Völkner und Carl Malchin Straße einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden kann.

LINKE unterstützt Anliegen „Stern der Vereine“

Bereits zweimal trafen sich die Initiatoren des Vereins „Die Platte lebt“ und die Linksfraktion, um über sinnvolle Umgestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten in den Schweriner Plattenbausiedlungen zu sprechen.

Eine Idee dabei, die zurück gebauten Platten nicht einfach zerkleinern und im Straßenbau untermischen, sondern für einen Plattenpark mit Pyramide, Irrgarten und weiteren Attraktionen nutzen. Interessante Ideen, die allerdings bei der Haushaltslage der Stadt immer auch automatisch die Frage der Finanzierbarkeit aufwerfen. Ein sehr konkretes, erstes Projekt ist jedoch auch ohne großes Geld machbar – der Stern der Vereine. Dabei sollen 8 WBS 70 Platten mit 6 Meter Länge in Sternform im Mueßer Holz aufgestellt und gestaltet werden. Die Vorderseite wollen 8 Vereine gestalten, die Rückseite sollen Jugendliche mit Graffiti Kunst verzieren.

Die Sauberhaltung und Pflege übernehmen die Vereine in Eigenregie, der Abbau der Platten, der Transport und die Aufstellung wird aus Fördermitteln der sozialen Stadt finanziert.

Einzigste Voraussetzung – eine geeignete Fläche. Diese soll die Oberbürgermeisterin nun auf Antrag der Linksfraktion zur Verfügung stellen, wie Henning Foerster betonte. SPD und Grüne engagieren sich ebenfalls für dieses Anliegen, die CDU möchte allerdings in den Ausschüssen noch einmal darüber diskutieren.

WGS hat neuen Geschäftsführer

Thomas Köchig heißt der neue Mann mit langjährigen Erfahrungen in der Wohnungs- und Finanzwirtschaft. Der Lübecker kennt Schwerin und war zuletzt Geschäftsführer des kommunalen Wohnungsunternehmens in Eberswalde.

Da Thomas Köchig seinen Dienst aufgrund vertraglicher Verpflichtungen erst im neuen Jahr antreten kann, wird die WGS übergangsweise von Ingo Funk, Mitarbeiter der Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung geleitet.

LINKE will Bolzplatz für die Weststadt

Seit langem engagiert sich Ortbeiratsmitglied Jan Henning für eine Möglichkeit, Jugendlichen das Freizeitvergnügen Fußball in ihrem Stadtteil zu ermöglichen. Darüber diskutierte er zuletzt im Rahmen der Jugendwahlen 2013 mit jungen Leuten im Westclub One.

Einen Fürsprecher hat er dabei in Henning Foerster, der die Initiative in Antragsform in die Stadtvertretung brachte und die Verwaltung aufforderte, Vorschläge für die Umsetzung des Annehmens zu unterbreiten. So einfach, wie man sich das gemeinhin vorstellt, ist es nämlich nicht. Die erste Idee der Linksfraktion, Freizeitkickern einen Zugang zum Weststadtsportplatz zu ermöglichen, scheiterte bereits an dessen starker Nutzung durch Sportvereine und Schulen und einer wöchentlich begrenzten Nutzungsdauer für die Rasenfläche.

D – Halle statt Abriss

Ein weiteres Vorhaben im Schweriner Süden betrifft die ehemalige Kaufhalle Hegelstraße. Sie nicht einfach abzureißen und Rasen anzusäen, sondern zu prüfen, ob ein Verkauf an die Vereine möglich ist, die Skaterbahn, Cafe, Fahrradparcours und andere Ideen darin verwirklichen wollen, dafür sprach sich namens der Linksfraktion auch Martin Frank aus.

Höhere Aufwandsentschädigungen Warum eigentlich?

In Zeiten klammer Kassen sicher eine berechtigte Frage. Allerdings handelt es sich keineswegs um einen Automatismus oder gar die Selbstbedienungsmentalität der Stadtvertreter, wie Gerd Böttger in der Debatte betonte. Ausgangspunkt war die Landkreisneuordnung in deren Folge der Innenminister des Landes Mecklenburg Vorpommern eine Kommission eingesetzt hatte, um eine Empfehlung für eine neue Entschädigungsverordnung zu erarbeiten.

Dahinter steckte die Erkenntnis, dass der Arbeitsaufwand in den kommunalen Vertretungen stark angestiegen sei und man dies honorieren müsse, um auch in Zukunft genügend Kandidaten aus möglichst allen Bevölkerungsschichten für ein kommunales Ehrenamt gewinnen zu können. In den neuen Großkreisen kam zusätzlich noch der gestiegene Aufwand aufgrund der langen An- und Abreisewege dazu. Die Kommission, der unter anderem Gewerkschaften, Städte- und Gemeindetag sowie Steuerzahlerbund angehörten, empfahl eine Aufwandsentschädigung von 60 EUR pro Sitzung. Welchen Betrag sie tatsächlich in Anwendung bringen, darüber sollten jedoch die Stadtvertretungen und Kreistage selbst entscheiden. Die Stadtvertretung Schwerin hat sich für eine Aufwandsentschädigung von 50 EUR entschieden.

Linksfraktion geht in Klausur

Vom 8. bis 9.11.2013 geht die Stadtfraktion in Klausur.

Im Mittelpunkt werden die Bewertung der bisherigen Arbeit und die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014 stehen.